

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0510/2021
Amt/Aktenzeichen 40/	Datum 17.03.2021	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 13.04.2021			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Vorberatung	20.04.2021	Ö
Stadtrat	Entscheidung	28.04.2021	Ö
Schulträgerausschuss	Kenntnisnahme	17.06.2021	Ö

Betreff: Digitalpakt für Schulen hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2021
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 08.04.2021 gez. Dr. Eckart Lensch Beigeordneter
Mainz, 13.04.2021 gez. Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 3.052.216 € und die Sperrung der Planansätze in gleicher Höhe im Haushaltsjahr 2022.

Der Digitalpakt für Schulen ermöglicht eine 90 % Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen. Es werden Maßnahmen für die Herstellung und Erweiterung der Inhouse-Verkabelung, des Auf- und Ausbaus von WLAN, die Anschaffung von Präsentationsmedien und die Bereitstellung von mobilen Endgeräten gefördert. Insgesamt beträgt das Gesamtvolumen des Digitalpakts mit Einrechnung des Eigenanteils 11.052.216 €.

Der Digitalpakt fördert Maßnahmen im Zeitraum vom 17.05.2019 bis 31.12.2024. Im Zuge der Haushaltsplanung hat die Verwaltung die Mittel auf die Jahre 2019-2022 verteilt, so dass kontinuierlich Maßnahmen umgesetzt werden können und entsprechend das Budget zur Verfügung steht.

Die Bearbeitung des Digitalpakts geht zügiger voran, als es zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung vorausgesehen werden konnte. Es sind daher für das Jahr 2021 nicht ausreichend Haushaltsmittel vorhanden, um die weiteren Aufträge beauftragen und bezahlen zu können. Damit es nicht zu Verzögerungen im Bereich der Herstellung der Inhouse-Verkabelung und der Herstellung eines flächendeckenden WLAN an den Schulstandorten kommt oder die noch notwendigen anderweitigen Bedarfe gem. den Medienkonzepten der Schulen, wird im Haushaltsjahr 2021 mehr Budget benötigt.

Lösungsvorschlag:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2021 auf dem PSP-Element 7.001013 in Höhe von 3.052.216 € und die Sperrung der Planansätze auf dem PSP-Element 7.001013 in gleicher Höhe im Haushaltsjahr 2022.

Alternative:

Der Stadtrat lehnt den Haushaltsvorgriff ab und die betroffenen Maßnahmen werden im Jahr 2022 beauftragt. Dies wird zu Verzögerungen in der Umsetzung des Digitalpakts insbesondere der WLAN-Umsetzung und der Inhouse-Verkabelung führen.